



ANTRITTSVORLESUNG

Univ.-Prof. Margitta Mätzke Ph.D.
Institut für Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik



Margitta Mätzke studierte in Marburg und Göttingen Sozialwissenschaften und Englisch (Lehramt an Gymnasien) sowie Volkswirtschaftslehre. Nach zweijähriger Forschungstätigkeit in industriesoziologischen Projekten am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen ging sie in die USA, wo sie an der University of California, Berkeley und an der Northwestern University (Chicago) Politikwissenschaft studierte und im Jahr 2005 ihre Promotion abschloss. Forschungsaufenthalte am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, an der Graduate School of Social Sciences der Universität Bremen und an der School of Public Health der University of Michigan, Ann Arbor runden den fachlichen Erfahrungshintergrund ab.

Frau Mätzkes Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung und der sozialpolitischen Gesetzgebung. Aktuelle Forschungsprojekte befassen sich mit dem Verhältnis von Staat, Individuen und Selbstverwaltung in der Sozialpolitik sowie mit der historischen Entwicklung von Gesundheitssystemen und der Rolle staatlicher Intervention in der Gesundheitspolitik. Ihre Arbeiten sind international im *Journal of European Social Policy*, im *Journal of Policy History*, in *Social Policy & Administration* und im *Journal of Public Policy*, sowie deutschsprachig im *Leviathan* und in den *WSI-Mitteilungen* veröffentlicht.

Montag, 28. November 2011, 16:00 Uhr
Repräsentationsräume der JKU, 1. Stock (Uni-Center)

**Thema: Public Health und Clinical Medicine:
Zwei Formen gesundheitlicher Versorgung – Zwei Typen gesundheitspolitischer Intervention.**

In gesundheitspolitischen Diskussionen geht es um Ressourcenausstattung und Organisationsstrukturen im Kampf gegen vermeidbare Krankheit, doch es dominiert häufig ein *individualistischer* Zugang zum Thema Gesundheit und Krankheit: Die gesetzliche Krankenversicherung gewährt persönliche Rechtsansprüche auf gesundheitliche Versorgung; ärztliche Autonomie, der Schutz der (individuellen) Arzt-Patient Beziehung, und nicht zuletzt die Kosten der Heilung einzelner Patienten stehen im Mittelpunkt vieler gesundheitspolitischer Debatten. Nur gelegentlich, und dann oft im Kontext von Krisen der öffentlichen Gesundheit durch Infektionskrankheiten oder verunreinigte Lebensmittel, tritt die historisch ältere Stiefschwester dieser modernen Gesundheitspolitik – die öffentliche Gesundheitsversorgung – ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Auffassungen über Gesundheitsrisiken, Methoden gesundheitspolitischer Intervention und Organisationsformen medizinischer Praxis sind dort grundlegend anders: Im Fokus stehen dort Populationen, (massenhafte) Verhaltensweisen und logistische oder organisatorische Vorkehrungen. Direkte Intervention staatlicher Stellen hat stärkeren Einfluss als Selbstverwaltung der medizinischen Profession. Krankheitsvermeidung wird viel stärker betont als Heilung. In der Untersuchung dieser Unterschiede zwischen beiden gesundheitspolitischen Teilbereichen und im Verständnis ihres Mit- und zuweilen auch Gegeneinanders treten grundlegende Aspekte des Verhältnisses von staatlicher Intervention und individueller und professioneller Autonomie zutage.